

DIE Voss BERLIN

Ausland-Ausgabe

VOSSISCHE ZEITUNG
WOCHEN-AUSGABE
VERLAG ULLSTEIN
BERLIN ULLSTEINHAUS

Nr. 38

Berlin, Sonnabend den 23. September 1922

15 Mark

Das heisse Reparationseisen

Weltfremde Weltenlenker

Die Reparationsfrage, die seit dem Friedensschluss von Versailles die gesamte politische und wirtschaftliche Lage Europas beherrschte, wird in der öffentlichen Aufmerksamkeit durch die Aufrollung der Orientfrage verdrängt. Das hat für Deutschland zweifellos Nachteile. Ohnedies ist es überaus schwer, der Aussenwelt klarzumachen, dass die scheinbare Prosperität Deutschlands nichts beweist für die Durchführbarkeit der Zahlungsforderungen, die von der Entente erhoben werden, auch wenn diese Forderungen allmählich aus dem Gebiet der reinen Unvernunft in die Niederungen greifbarer Ziffern heruntergestiegen sind. Das Verständnis für die überaus verwickelten Probleme der Volkswirtschaft, die durch den unentwirrbaren Knäuel unentreibbarer Forderungen und untragbarer Verpflichtungen bedingt sind, steckt noch in der ersten Entwicklungsperiode. Die verantwortlichen Politiker aller Länder sind, wenn man von geringen Ausnahmen absteht, wahre Wunder an Unkenntnis fremder Verhältnisse und Lebensbedingungen, und die Hoffnung ist gering, dass der Anschauungskurs der letzten Monate, der an sich handgreiflich belehrend sein müsste, bequeme Vorurteile zu beseitigen geeignet wäre. Je unklarer die wirklichen Zusammenhänge den Staatsmännern bleiben, desto grösser ist natürlich die Gefahr, dass immer wieder politische „Kompromisse“ gesucht werden. Man hat deshalb bei uns die Zuspitzung der Orientlage keineswegs, wie man in Ententekreisen behauptete, mit irgendwelchen Hoffnungen begleitet, sondern eher mit der Befürchtung, dass auf dem Rücken Deutschlands der englisch-französische Streit ausgeglichen werde.

Gewaltsamkeit schadet

Solche Betrachtungen sind gewiss nicht unbegründet. Und sie wären noch vor einem Jahr von zwingender Logik gewesen. Inzwischen hat aber die Erfüllungspolitik ihre Wirkung getan. Trotz allem hat der Zeitablauf mildert, ausgleichend und enttöndernd gewirkt. Die Katastrophopolitiker, die immer wieder erklärten, dass ja doch alles nichts helfe, weil der Zeitpunkt, an dem das Damoklesschwert auf das Haupt Deutschlands fallen werde, doch kommen müsse, haben übersehen, dass es die Aufgabe verantwortungsbewusster Staatslenker ist, jede Rettungsmöglichkeit offen zu halten, auch um den Preis schwerer Opfer. Heute ist der Zustand so, dass die Welt der Reparationskrisen gründlich müde ist. Dass man in Frankreich das Stinnes-Abkommen von Heimbach mit solcher Befriedigung begrüsst hat, ist psychologisch nicht nur durch seinen Inhalt erklärlich, sondern mehr noch durch die Abstumpfung, die allmählich gegen die grossen Worte der Säbelrassler eingetreten ist. Wenn nicht alle Zeichen trügen, sind auch die französischen Politiker und viel mehr noch die breiten Massen des französischen Volkes heilfroh, wenn sich irgendein greifbarer Ausweg findet, um aus dem Reparationsdilemma herauszukommen. Kein vernünftiger Mensch glaubt mehr an die unsinnigen Versprechungen der Friedensmacher, die es verstanden haben, statt einer Zusammenarbeit zur Heilung der Schäden die Verewigung der Ruinen und Verschärfung der Gegensätze zu erreichen. Die Ministerpräsidenten sind gekommen und gegangen, gekommen mit grossen Verheissungen und gegangen, ohne das Problem einen Schritt weitergebracht zu haben. Poincaré, der auch wohl kaum sein Amt behaupten wird, hat lautere Töne gefunden als seine Vorgänger, aber er ist bei der Realisierung der französischen Forderungen völlig gescheitert. Die „Retorsionen“ des Augusts blieben ein Schlag ins Wasser und bestätigten nur, dass die gewaltsame Methode zwar schaden, aber unter keinen Umständen nützen kann. Die französischen Politiker fangen allmählich an, die Reparationsfrage, die zunächst ein bequemes Sprungbrett des Ehrgeizes zu sein schien, als ein heisses Eisen zu betrachten. Um so weniger werden sie dagegen einzuwenden haben, wenn eine Aera der wirtschaftlichen Vereinbarungen nach der Art des Vertrags zwischen Stinnes und Lubersac einsetzt und ihnen die Verantwortung abnimmt. Die gefährlichste aller Reparationskrisen, deren

Höhepunkt das Scheitern der Konferenz von London war, hat endgültig mit einer Verständigung geendet, bei der die Reichsregierung keine neuen Verpflichtungen zu übernehmen brauchte, da es der Reichsbank gelang, durch private Vereinbarungen mit der Bank von England, die von Belgien geforderten Garantien der Schatzwechsel zu geben. Damit ist die Atempause endgültig gesichert. (Siehe den Artikel auf der 2. Seite.)

Die internationale Kriegskostenfrage

Kennzeichnend für den Umschwung ist auch die Tatsache, dass sich die französische Delegation beim Völkerbund bereit erklärte, an einer Erörterung der Frage der Kriegsschulden unter Einschluss des Reparationsproblems aktiv zu beteiligen. Auf der Konferenz in Genoa war das Wort „Reparation“ derart verpönt, dass es der Halsbrecherischsten Umschreibungskünste bedurfte, um über die europäische Lage sprechen zu können, ohne den Vertretern Frankreichs das Stichwort zu einem Protest zu geben. In Genf hat der französische Senator de Jouvenel nach vorheriger Verständigung mit Lord Robert Cecil, der als ein aufrichtiger Vorfechter einer Verwirklichung des Völkerbundgedankens gelten kann, Vorschläge über eine internationale Regelung der Kriegskostenfrage ausgearbeitet. Man kann noch so viele Vorbehalte machen, so bleibt es doch ein Vorgang von entscheidender Bedeutung, dass mit Zustimmung Frankreichs der Standpunkt praktisch aufgegeben ist, Deutschland für die ganze Rechnung haftbar und verantwortlich zu machen. Wenn die Frage aus der Atmosphäre von Schuld und Sühne, von Recht und Rechtsvollstreckung in die der nüchternen, sachlichen Entscheidung hinübergeworfen wird, so gewinnt das ganze Reparationsproblem eine andere Gestalt. Die erste Konsequenz aus dieser veränderten Einstellung ist die Forderung, dass unbekümmert um die Vergangenheit im Interesse der Zukunft alle Völker, auch die Neutralen, zusammenwirken müssen, um die Kriegsfolgen auszulösen. Die

ser Standpunkt ist vor dem Völkerbund nachdrücklich vertreten worden. Und damit hat die Entgiftung einen grossen Fortschritt gemacht. Uoberhaupt muss darauf hingewiesen werden, dass bei aller Kritik an den Taten und Unterlassungen des Völkerbundes für Deutschland keine Veranlassung vorliegt, dieses gewiss noch recht schwach entwickelte Organ verächtlich zu machen. Gewiss soll sich Deutschland nicht in einen Kreis drängen, bevor nicht die Gewähr dafür besteht, dass die Aufnahme und Behandlung auf dem Fuss der Gleichberechtigung erfolgt. Insbesondere muss Klarheit geschaffen werden, dass nicht etwa eine erneute feierliche Verpflichtung auf den Vertrag von Versailles gefordert werde. Aber bei aller Zurückhaltung sollte doch Deutschland seine prinzipielle Geneigtheit, jeder Art von dauernder Friedensversicherung und Verständigung seine Mitarbeit zu leihen, immer wieder bekunden. Lord Robert Cecil hat durch den Genfer Vertreter der „Vossischen Zeitung“ einen Appell an Deutschland gerichtet, der vor allem auch das Missverständnis zu beseitigen geeignet war, als ob Amerika eine Beteiligung Deutschlands am Völkerbund ungen sehen würde.

Gecinigte Sozialisten

Unmittelbar darauf hat der Reichstagspräsident Loebe sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag im Sinn einer sympathischen Haltung gegenüber dem Völkerbund — in der Hoffnung auf seine Entwicklungsfähigkeit — ausgesprochen. Die besondere Bedeutung dieses Parteitages lag im übrigen darin, dass er den Auftakt bildete zum Zusammenschluss mit der Unabhängigen Partei und damit zu einer Konsolidierung der politischen Vertretung der Arbeitermassen, die entschlossen sind, den Bestand der Republik gegen jeden Angriff von links oder rechts zu verteidigen. Die Vereinigte Sozialistische Partei zählt im Reichstag 150 Mitglieder und gewinnt damit eine verstärkte Stosskraft. Wohl werden durch diese Entwicklung gewisse parlamentarische Schwierigkeiten geschaffen, weil die beiden anderen Regierungsparteien naturgemäss den Wunsch haben, dem Machtzuwachs der Sozialdemokratie durch Heranziehung der Deutschen Volkspartei zur Regierungskoalition ein Gegengewicht zu schaffen. Angesichts der

nährungsschwierigkeiten und der Teuerung, die schwere Anforderungen an die Regierungsgewalt stellen werden, wird man sich aber wohl oder übel zusammenfinden und zusammenhalten. Dieser innerpolitische Zusammenschluss auf breiter Grundlage ist um so notwendiger, als die aussenpolitische Entwicklung die stärkste Aufmerksamkeit erfordert. Gerade weil das Auftauchen des Orientproblems die für Deutschland ungünstigen Starrheit, die durch die Friedensschlüsse festgelegt werden sollte, gelöst wird. Die einseitige Gruppierung, in der Deutschland die Rolle des Objekts spielte, macht einer gewissen Vielgestaltigkeit Platz.

Das Spiel der Kräfte an den Meerengen

Die englische Politik hat zweifellos den Sieg Kemals sehr unliebsam empfunden. Trotzdem bedeutet es eine Ubertreibung, wenn die englischen Blätter teilweise von einer Gefährdung der englischen Welt Herrschaft sprachen. Man neigt in England dazu, in solchen Fällen die Farben dick aufzutragen, nicht aus Furcht, sondern in der Absicht, die Gegenaktion möglichst energisch einzuleiten. Immerhin war es auffallend, dass eine offizielle Reuternote eine geradezu kriegerische Sprache führte und sogar einen Appell an die britischen Dominion richtete, das Mutterland bei der Verteidigung der Meerengen zu schützen. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass auch Griechenland, Jugoslawien und Rumänien zur Hilfeleistung aufgefordert werden seien. Diese starke Geste stand in um so schärferem Gegensatz zu der Zurückhaltung, die sich nicht nur Frankreich, sondern auch Italien beifloss. Diese beiden Mächte zogen ihre Truppen vom asiatischen Ufer der Dardanellen zurück und erklärten ausdrücklich, dass sie einem bewaffneten Konflikt unter allen Umständen ausweichen wollten. Es ist auch gar nicht gesagt, dass Grossbritannien dauernd die Frontstellung gegen die Türken beibehalten wird.

Das Bedürfnis nach Frieden ist nach all den Leiden des Krieges ein Faktor von so elementarer Stärke, dass er in alle Berechnungen eingestellt werden muss. Der wahre Frieden setzt freilich voraus, dass nicht der Versuch gemacht wird, die Ruinen der Friedensverträge von 1919 künstlich zu erhalten. J. E.



Eine bedeutende Leistung der deutschen Brückentechnik: Die eiserne Hochbrücke über den Kaiser-Wilhelm-Kanal bei Rendsburg
Gesamtansicht der Brücke, die wegen der durch die gewaltige Höhe bedingte Steigung in einem grossen Bogen ausgeführt werden musste. (Siehe auch Abbildung Seite 12.)